

Pflegekosten bald im Finanzausgleich?

Der Regierungsrat hat die Wirksamkeit des Systems überprüft. Er sieht Optimierungspotenzial – und nicht alle Gemeinden sind zufrieden.

Aargauer Zeitung, 8.4.23

Eva Berger

Im Aargau gibt es seit 2018 einen neuen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden. Damit werden Differenzen bei Steuern, Infrastruktur, Bildung, Sozialem und räumlicher Struktur ausgeglichen. Mit der Einführung wurde der Regierungsrat verpflichtet, dem Grossen Rat regelmässig über die Wirksamkeit Bericht zu erstatten. Das tut er jetzt zum ersten Mal, am Donnerstag hat er die Botschaft verabschiedet. Und es zeigt sich: Die Umverteilung funktioniert mit dem neuen System grundsätzlich so wie beabsichtigt.

Bei aller grundsätzlichen Zufriedenheit sieht der Regierungsrat dennoch Optimierungspotenzial. So wirke der Soziallastenausgleich möglicherweise zu stark, hält er fest. Das könne zu Überkompensationen führen. Zweitens sei die Umverteilung im räumlich-strukturellen Lastenausgleich nicht immer nachvollziehbar und drittens sei zu prüfen, ob das System um ein Gefäss für den Ausgleich von Pflegekosten, welche die Gemeinden tragen müssen, ergänzt werden soll.

Grössere reichere Gemeinden sind zufriedener

Für den Bericht hat der Kanton einerseits Kennzahlen ausgewertet, etwa zu den Steuersätzen, zweitens wurden die Gemeinden befragt. Drei Viertel von ihnen haben an der Umfrage teilgenommen, rund 90 Prozent davon stuften das System als geeignet ein, schreibt die Staatskanzlei in einer Medienmitteilung. Die Wirkung der Umverteilung erachteten rund 60 Prozent als angemessen. 40



Innendirektor Dieter Egli sagt, der Finanzausgleich funktioniere grundsätzlich gut.

Bild: Alex Spichale

Prozent jedoch möchten, dass entweder mehr oder weniger Geld herumgeschoben wird.

Tendenziell sei die Zufriedenheit bei den Empfänger-Gemeinden grösser als bei jenen, die in den Topf einzahlen müssen. Weiter seien die grösseren Gemeinden zufriedener mit dem System als die kleineren. In diesem Jahr erhalten 131 Gemeinden Finanzausgleichsbeiträge, 66 Gemeinden geben Geld ab. Sie leisten Abgaben in einer Höhe von knapp 68 Millionen Franken.

Steuerfussbeschränkung nach oben funktioniert

Der Aargauer Finanzausgleich setzt sich zusammen aus dem Ressourcenausgleich, der die Unterschiede zwischen finanz-

starken und finanzschwachen Gemeinden verringert, dem Lastenausgleich, der die Auswirkungen höherer Belastungen finanziell ausgleicht, sowie den Ergänzungsleistungen.

Diese sind so etwas wie die Sozialhilfe für jene Gemeinden, die trotz der Zahlungen nur mit unzumutbar hohen Steuern einen ausgeglichenen Haushalt erreichen würden – das ist gegeben, wenn der Steuerfuss mehr als 25 Prozent über dem kantonalen Durchschnitt liegt. Bisher waren nie mehr als zwei Gemeinden auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

Diese Begrenzung des Steuerfusses nach oben funktioniert also, kommt der Regierungsrat zum Schluss. Dennoch hat sich die Differenz zwischen

den tiefsten und den höchsten Steuerfüssen vergrössert. Am tiefsten ist der Steuerfuss in diesem Jahr in Oberwil-Lieli (48 Prozent), am höchsten in den Gemeinden Mellikon, Hallwil und Tägerig mit jeweils 127 Prozent.

Es gibt doch Optimierungspotenzial

Oberwil-Lieli ist denn auch mit 1117 Franken pro Einwohner die grösste Beitragszahlerin in diesem Jahr. Umgekehrt erhält Oberhof aus dem Topf 1066 Franken pro Person, was dem höchsten Beitrag entspricht.

Auch wenn der Finanzausgleich funktioniere, so gebe es doch Optimierungspotenzial, hält der Regierungsrat fest. Zwangsfusionen will Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli aber

nicht, die Gemeindeautonomie soll bestehen bleiben.

Es ist der erste Wirkungsbericht zum neuen Finanzausgleich. Wie zufrieden sind Sie damit?

Dieter Egli: Unsere Einschätzungen wurden mit dem Bericht bestätigt: Der Finanzausgleich wirkt wie beabsichtigt, er hat die gewünschten Effekte und ist effizient. Die Rückmeldungen aus den Gemeinden betreffen unterschiedliche Aspekte. Euphorie spürt man nicht, aber eine mittlere Zufriedenheit. Leider können wir keinen Finanzausgleich mit 198 individuellen Lösungen für jede Gemeinde bieten.

Auch der Regierungsrat sieht Optimierungspotenzial. So sollen etwa die Pflegekosten in den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden aufgenommen werden. Warum?

Dieses Anliegen wurde in der Umfrage am häufigsten genannt, deshalb will die Regierung das prüfen. Die Gemeinden fühlen sich durch die Pflegekosten belastet. In diesem Sinn wird die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei den Pflegekosten auch hinterfragt. Wenn diese finanzielle Aufgabe bei den Gemeinden bleibt, dann könnte ein Ausgleich natürlich eine gewisse Nivellierung erwirken.

Würden die Gemeinden so entlastet?

Nicht alle. Für gewisse Gemeinden könnten damit die Pflegekosten sogar noch ansteigen, an der Gesamtsumme ändert sich ja nichts. Der Finanzausgleich ist hier ein Hilfsinstrument, die Grundproblematik bleibt aber,

dass die Pflegekosten hoch sind und in der Tendenz weiter ansteigen.

Auch das Asylwesen treibt die Gemeinden um. Warum wird dieses nicht in den Finanz- und Lastenausgleich aufgenommen?

Das war für diesen Wirkungsbericht kein Thema und wurde auch von den Gemeinden nicht thematisiert.

Trotz des neuen Ausgleichs vergrössert sich die Steuer-schere zwischen steuergünstigen und teuren Gemeinden. Ist das ein Problem?

Gegen oben ist die Stabilisierung eingetreten, gegen unten gibt es einzelne Ausreisser. Unser Ziel ist gemäss Aufgaben- und Finanzplan, dass 80 Prozent der Gemeinden mit ihrem Steuerfuss höchstens 15 Prozent über oder unter dem Median liegen. Das ist erreicht.

Mit dem Finanzausgleich werden Differenzen bei Steuern, Infrastruktur, Bildung, Sozialem und räumlicher Struktur ausgeglichen. Wären Fusionen da nicht zielführender?

Die Gemeindeautonomie hat im Aargau einen grossen Stellenwert, sie brauchen ihren Handlungsspielraum und die Bevölkerung ist sich dieser Nähe zu den Behörden gewohnt. Das macht den Aargau aus. Der Kanton setzt zwar Anreize für mögliche Zusammenschlüsse, Entscheidungsfreiheit und Individualität der Gemeinden sollen aber bestehen bleiben. Die Zusammenarbeit der Gemeinden ist schliesslich Thema bei der anstehenden Revision des Gemeindegesetzes.